



Kreistagsfraktionen im Plöner Kreistag

17. 8. 2017

Kooperation: Das hätte nicht passieren dürfen!

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FWG im Plöner Kreistag zeigten sich befremdet über das Vorgehen der Ausländerbehörde. SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: "Es darf einfach nicht passieren, dass eine Familie abgeschoben wird, obwohl die Härtefall-Kommission über ihren Antrag noch gar nicht entschieden hat." Axel Hilker von den Grünen: "Die Abschiebung ist offensichtlich über Wochen vorbereitet worden, gleichzeitig ist die Aktenanforderung der Härtefall-Kommission liegen geblieben. So etwas geht nicht!"

Die Fraktionsvorsitzenden zeigten allerdings auch Verständnis für die schwierige Lage der Mitarbeiter. Sie hätten einen schwierigen Job zu leisten, über Zukunftsperspektiven von Familien und Kindern zu entscheiden und sind dabei zur Umsetzung von Recht und Gesetz verpflichtet.

"Grundübel ist die Tatsache, dass die Bundespolitik es nicht schafft, ein vernünftiges Einwanderungsgesetz auf die Beine zu stellen." so Lutz Schlüsen, "Ich kann keinem mehr erklären, warum ausländische vorbestrafte Einzeltäter in Berlin oder Hamburg, die Verbrechen begangen haben, vorher nicht ausgewiesen wurden, weil irgendwelche Papiere fehlten und auf der anderen Seite Familien, die sich den Anforderungen der deutschen Gesellschaft öffnen und versuchen sich ein Leben hier aufzubauen, abgeschoben werden müssen."

Die Kooperation aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FWG erwartet, dass nun schnellstmöglich die Prüfung der Härtefallkommission nachgeholt wird und der Kreis alles tut, was in seiner Macht steht, um die Prüfung zu unterstützen. Hilker: "Wir werden mit der Kreisverwaltung den

Fall kritisch aufarbeiten und wenn nötig auch weiteres Personal zur Verfügung stellen."

Sollte die Kommission einen Härtefall anerkennen, muss der albanischen Familie eine Wiedereinreise ermöglicht werden.

Die Fraktionsvorsitzenden erinnerten daran, dass die Koop gegen erheblichen Widerstand von CDU und FDP notwendige Stellenausweitungen in der Ausländerbehörde durchgesetzt hatte, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. "Wir dürfen die Verwaltung mit diesen Problemen nicht alleine lassen", so Lutz Schlüsen.